

UMTS–Mehreinnahmen für Schuldentilgung = Steuererhöhung + Gewinnschrumpfung

von

Heiner Flassbeck

(unter dem Titel „...“ erschienen in der Financial Times Deutschland am 5.6.2000)

Wenn es um das Zurückdrängen des Staates geht, wird in Deutschland regelmäßig das *perpetuum mobile* entdeckt. Der Staat kann seine Ausgaben radikal zurückfahren und seine Verschuldung drastisch senken, ohne daß irgend jemand auf die Idee käme, das habe etwas mit der konjunkturellen Entwicklung zu tun. Bei den staatlichen Einnahmen ist es genau umgekehrt: Da ist die Reibung regelmäßig stärker als alle anderen Kräfte. Erhöht der Staat die Steuern, ist das auf jeden Fall Gift für die Konjunktur, ganz gleich, was er mit dem Geld zu tun gedenkt. In einem solchen Klima ist es schon erstaunlich, daß eine gewaltige heimliche Steuererhöhung, die uns gerade ins Haus steht, von allen Seiten mit lauten Freudenbekundungen begrüßt wird.

Wenn eine Kommune die Gebühren für die Müllabfuhr erhöht, bilden sich regelmäßig Bürgerinitiativen, um diesen dreisten Versuch des Staates, in das Portemonnaie der Bürger zu greifen, zu vereiteln. Wenn die Bundesregierung eine Steuererhöhung von 100 Mrd. DM ankündigen würde, um endlich die Belastung zukünftiger Generationen aufgrund der hohen Staatsverschuldung und übermäßiger Zinslasten drastisch zu reduzieren, würde der Bund der Steuerzahler die Revolution ausrufen und die Regierung müßte in Kürze abdanken. Wenn der Finanzminister aber Mobilfunklizenzen zum Preis von 100 Mrd. DM versteigert, jubelt die Presse und die Politiker debattieren würdevoll, wie man dieses Manna vom Himmel am besten zum Abbau der Staatsschulden einsetzt. Woher kommt das Geld eigentlich? Wer zahlt die 100 Mrd am Ende? Glaubt man den Jubelgesängen der deutschen Finanzpolitiker, gibt es offenbar Unternehmen, die zu viel Geld haben und nun – in einem Anfall von Altruismus – dem deutschen Staat und der deutschen Gesellschaft eine große Bürde von den Schultern nehmen wollen. Hätten wir das doch früher gewußt. Wieviele Auseinandersetzungen um die läppi-schen 1000 Mrd DM, die die deutsche Einheit bisher gekostet hat, wären uns erspart geblieben. Kohl hätte ein paar Lizenzen versteigert und alles wäre bestens geregelt gewesen.

Stellen wir uns aber mal vor, die Telekommunikations–Unternehmen würden knallhart kalkulieren und stünden im globalen Wettbewerb, von dem doch so viel die Rede ist. Dann hätten sie natürlich heute weder überflüssiges Geld, noch könnten sie darauf verzichten, die 100 Mrd. DM so bald wie möglich in den Preisen der UMTS–Produkte an die Konsumenten weiterzugeben. Diese wären dann offenbar genau um 100 Mrd. DM zu teuer, verglichen mit dem Fall, daß der Staat die Lizenzen z. B. verschenkt. Wir alle würden am Ende dann die 100 Mrd als Quasi–Steuer zahlen, wir wären nur dem alten Trick der Stadtkämmerer aufgefressen, eine Steuererhöhung nicht Steuererhöhung, sondern nur die wirtschaftlich „notwendige“ Verteuerung einer staatlichen oder vom Staat lizenzierten Leistung zu nennen.

Schlimmer noch, stellen wir uns vor, der Stadtkämmerer verwendete das zusätzlich über die Verteuerung der staatlichen Leistungen eingenommene Geld nicht, um die Kanalisation zu sanieren oder den ÖPNV zu verbilligen, sondern um die städtischen Konten bei der Bank auszugleichen oder gar Kassenüberschüsse anzuhäufen. Dann hätte der Staat das Geschäft der Telekommunikationsanbieter verdorben, weil sie ihre Produkte im In– und Ausland überteuert anbieten müßten, ohne das der Kanalisationssanierer oder der ÖPNV–Betreiber zu fördern;

er hätte ohne Zweifel die Gewinne der Unternehmen insgesamt vermindert und die wirtschaftliche Lage verschlechtert.

Die Zinsen sinken doch, weil der Staat weniger Kapital nachfragt als vorher, sagen die soliden Finanzpolitiker. Stimmt aber leider nicht, weil die Telekommunikationsunternehmen ja mehr Kredite nachgefragt oder ihre Einlagen bei den Banken dezimieren. Wie man es auch dreht und wendet, es macht einen gewaltigen Unterschied, ob der Staat mit den 100 Mrd. Schulden tilgt oder die Steuern senkt bzw. die öffentlichen Investitionen erhöht. Das einzige Argument, das man anführen könnte, wäre die Erwartung, die Zinsen am Kapitalmarkt würden dennoch sinken, weil das Vertrauen in solide Staatsfinanzen bei Schuldentilgung zunähme. Daß die Zinsen so reagieren, darf aber bezweifelt werden. Beeindrucken sollte schon, daß Japan bei einer Explosion der Staatsverschuldung langfristige Zinsen von unter 2 % aufweist, die USA bei hohen staatlichen Überschüssen aber über 6 % für langfristiges Kapital bezahlen müssen. Die Europäer müssen trotz deutlich sinkender Verschuldungszahlen beim Staat immerhin 5 ½ % mit steigender Tendenz berappen. Da fragt man sich, ob der Zusammenhang Zins – erwartetes Staatsdefizit so belastbar ist, daß der deutsche Finanzminister auf diese Brücke eine der größten Steuererhöhungen aller Zeiten bauen sollte.